Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 27 (2007)
Heft: 52

Artikel: Klassengesellschaft, Ungleichheit und Hegemonie
Autor: Dörre, Klaus
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651586

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Klaus Dörre

Klassengesellschaft, Ungleichheit und Hegemonie

49 Prozent der Deutschen fürchten, „ihren Lebensstandard nicht halten zu können", 59 Prozent glauben, sich finanziell einschränken zu müssen, 46 Prozent empfinden ihr „Leben als ständigen Kampf", 63 Prozent machen „die gesellschaftlichen Veränderungen Angst" und 61 Prozent sind der Ansicht, dass es keine gesellschaftliche Mitte mehr gibt, sondern nur noch oben und unten. Verunsicherung sei „die dominante gesellschaftliche Grundstimmung in Deutschland", schlussfolgern die Autoren einer Infratest-Studie, die im Herbst 2006 die sogenannte Unterschichtendebatte ausgelöst hatte (Neugebauer 2007, 28). Tatsächlich wird man in der Untersuchung wenig Belege für das Entstehen einer neuen Unterschicht finden. Stattdessen wird eindrucksvoll gezeigt, dass die „Sorge um die Sicherheit" (Castel 2005, 8) inzwischen selbst das Zentrum der im Vergleich noch immer überaus sicheren Gesellschaft der Bundesrepublik erfasst hat.

Die Rückkehr der sozialen Frage in die Politik

Diese Entwicklung ist tatsächlich neu, denn trotz millionenfacher Arbeitslosigkeit schien es über viele Jahre so, als sei die soziale Frage ein Ausgrenzungsproblem an den Rändern der Gesellschaft. Das hat sich nun geändert. Zwar wurde die „Unterschichtendebatte" vom Parteiestablishment der Sozialdemokratie rasch beendet, doch die Definitionskämpfe um Unsicherheit, Ausgrenzung und Prekarisierung halten an. Gleich ob Mindest- und Kombilohndebatte, Managergehälter, Rentenreform oder Pflegeversicherung – die soziale Frage ist ins politische System zurückgekehrt und spitzt dort Gegensätze zu, die sich innerhalb der großen Berliner Koalition nur mühsam beherrschen lassen. Der anhaltende Wirtschaftsaufschwung dürfte daran vorerst wenig ändern. Zwar geht die Arbeitslosigkeit zurück, doch selbst die optimistischsten Beobachter bezweifeln, dass sie weit unter die Drei-Millionen-Grenzen sinken wird. Bei etwa 50 Prozent der neuen Jobs handelt es sich um flexible und häufig wohl prekäre Beschäftigungsverhältnisse (Leiharbeit, befristete Verträge, geringfügige Teilzeit etc.). An den langzeitarbeitslosen ALG-II-Empfängern, im Volksmund „Harzis", geht der Aufschwung bislang komplett vorbei. Allein die Gruppe der „Aufstocker", Menschen, deren Löhne so gering sind, dass sie zusätzlich ALG-II-Leistungen in Anspruch nehmen müssen, ist auf über 600.000 gewachsen. Insgesamt umfasst der Niedriglohnsektor inzwischen mehr als 18 Prozent aller Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse (Bosch/Weinkopf 2006).

Allerdings erschöpft sich die soziale Problematik nicht in Arbeitslosigkeit, Armut, Ausgrenzung und der Zunahme prekärer Beschäftigung. Hatte die empirische Ungleichheitsforschung bis in die 1970er Jahre hinein in den meisten entwickelten Kapitalismen einen leichten Trend zur Abschwächung vertikaler sozialer Ungleichheiten feststellen können, so hat sich dieser mit zeitlicher Verzögerung auch in der Bundesrepublik wieder umgekehrt (Hradil 2005, 460 ff.). Die Vermögensungleichheit wächst (Bundesregierung 2001) und die Schere zwischen Einkommen aus abhängiger und selbständiger Arbeit hat sich weiter geöffnet. Während die Realeinkommen der meisten abhängig Beschäftigten über eine Dekade stagnierten oder gar sanken, konnten sich die Gewinner des Finanzmarktkapitalismus (Windolf 2005), Manager, Investment-Banker, Unternehmensberater oder spezialisierte Rechtsanwälte an den allfälligen Transaktionen „goldene Nasen verdienen" (FR, 23.06.06). Laut FAZ (21.09.05) sind die Bezüge der Vorstandsmitglieder deutscher Großunternehmen allein 2004 um durchschnittlich 8 Prozent (durchschnittlich 1,6 Mio.) gestiegen.[1] In den Folgejahren hat sich dieser Trend fortgesetzt.

Noch gravierender ist aus der Sicht von Beschäftigten, dass Profitabilität und Beschäftigungssicherheit in den großen Unternehmen zunehmend entkoppelt werden. Obwohl die Dax-Unternehmen ihre Netto-Gewinne 2006 um durchschnittlich mehr als ein Viertel steigern konnten, stagnierte die Beschäftigung – und das auch nur, weil anfallender Stellenabbau nach Fusionen ins Jahr 2007 verlagert wurde (FR, 23.03.2007). Die Ahnung der Mittelklassen, dass es auch „an ihre weißen Kragen" gehen könnte (Kronauer 2006, 27), bewirkt, dass die soziale Frage wieder öffentlich gestellt wird. Doch man sollte genauer hinschauen, wer sie stellt und mit welchem Ziel sie gestellt wird.

„Kulturklassen" und Klassenbildung

Paul Nolte, gefragter Zeitdiagnostiker, scheint mit Oskar Lafontaine übereinzustimmen, wenn er die soziale Frage als Klassenfrage formuliert. Für den Historiker ist der Traum sozialer Harmonie, die durchaus problematische „Utopie des 20. Jahrhunderts", ausgeträumt (Nolte 2006, 89). Bereits überwunden geglaubte soziale Unterschiede kehrten „in neuem Gewand zurück". Armut und Unterschichten seien „wieder ein großes Thema geworden", die Welt des 21. Jahrhunderts zeige sich als „eine zerrissene Welt" (ebd. 92) Jener „Zug zur Mitte", der den sozialstaatlich regulierten Kapitalismus nach 1949 für Jahrzehnte geprägt habe, verkehre sich in eine neue Polarisierung von Arm und Reich. Insofern sei es zutreffend, „von einer neuen Klassengesellschaft zu sprechen".[2] Wenig überraschend sieht Nolte „hinter den vielen Erscheinungsformen der neuen Klassengesellschaft" den vermeintlichen Sachzwang Globalisierung wirken: Während in den Schwellenländern neue Mittelschichten entstünden,

übernähmen die Zentren manche Merkmale der alten Peripherie. Unübersehbar sei Erwerbslosigkeit in den entwickelten Kapitalismen „milieukonstituierend" geworden und schotte „zunehmend auch kulturell gegen Aufstiegschancen und Aufstiegswillen ab" (ebd. 98).

Damit ist Nolte beim eigentlichen Kern seiner Diagnose. Für ihn ist die neue Klassengesellschaft nicht allein ökonomisch verursacht, er hält sie vor allem für ein kulturelles Phänomen. Der Historiker nennt drei Ursachenbündel für die kulturelle Eigendynamik der Klassenbildung: *erstens* die „große Schnittmenge" zwischen Migranten und Unterschichten, die in kulturelle Segregation und Abschottung münde; *zweitens* die „Erosion der traditionellen Familienordnung", die in den kinderreichen Unterschichtenfamilien mit ihrem geringen kulturellen und sozialen Kapital zwangsläufig zu „Erziehungskatastrophen" führe und *drittens* schließlich die Rückverwandlung der Massen- in eine Klassenkultur mit Zielgruppenfernsehen für die Unterschichten. Nicht Klassengesellschaft an sich und wachsende soziale Unterschiede als solche sind Noltes Problem. Diese gelten ihm in einer globalisierten Welt als unausweichliches Schicksal, das zu meistern sich vor allem korporatistisch organisierte Kapitalismen wie der deutschen schwertäten. Problematisch ist für den Historiker die Verfestigung einer „Alltagskultur der Unterschichten, die nicht mehr durchweg einer Assimilation an die bürgerliche Mittelschicht folgt, sondern sich auch durch äussere Abgrenzung zu behaupten sucht (zumal bei Jüngeren: in der Manipulation des eigenen Körpers mit Tatoos, Piercings), sich damit aber zugleich auch verfestigt und einkapselt" (ebd. 96).

Hier wird deutlich, wozu Nolte die Metapher der Klassengesellschaft eigentlich dient. „Klasse" wird zu einem sozialen Ordnungsbegriff umfunktioniert, um von „einer Position der Mitte" aus Verwahrlosung, Wertezerfall und Antibürgerlichkeit der Unterschichten brandmarken zu können. Eine solche Ordnung der Klassengesellschaft ist natürlich „etwas anderes als die fröhliche Wiederauferstehung des Gegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat" (ebd. 99). Und sie mündet auch nicht in einem neuen Klassenkampf zwischen Besitzern und Besitzlosen. Vielmehr schließt die fortgeschrittene „kulturelle Eigendynamik der Klassenbildung" aus, dass klassenspezifischen Ungleichheiten mit Verteilungspolitik beizukommen ist. Nicht Klassen-, sondern Kulturkampf bestimme die Konfliktdynamik des neuen Kapitalismus.[3] Es gehe um die Frage nach kulturellen und politischen Optionen – eine Frage die von „cultural optimists" und „cultural pessimists", von „Dynamisierern" und „Schrumpfern" höchst kontrovers beantwortet werde. Von seinem neuen Klassenkonzept aus attackiert er sowohl altlinke „Pessimisten", die sich strukturell in der Defensive wähnten und einer verschwörungstheoretischen Neoliberalismus-Kritik frönten, also auch romantische „Schrumpfer", die mit ihrer „provinziellen" Kritik an Arbeitsgesellschaft und Beschleunigung (vgl. Rosa 2006) das „Bewegungsgesetz" des dynamischen Kapitalismus ignorierten. Denn: „Es

bleibt uns gar nichts anderes übrig, als in einer riskanten Moderne in Bewegung zu bleiben" (ebd. 110). Wer, wie die apathischen Unterschichten, dieses Gebot verletzt und es sich in der Hängematte des Wohlfahrtsstaates bequem machen will, dem muss „die neue Mitte" (ebd. 144) Beine machen – und sei es repressiv, durch Solidaritäts- und Leistungsentzug.

Konkurrenzgesellschaft ohne Klassenformierung?

Noltes Klassendiagnose transportiert ein Leitbild, das Gesellschaft nicht von den Rändern, sondern aus der Mitte heraus definieren will. Es geht um die besondere Verantwortung der Mittelschichten, die, so Nolte, als strategischer „Akteur einer mündigen Gesellschaft" auftreten müssten, um Deutschland aus „jener Erstarrung" zu lösen, „in der eine passive Bevölkerung vom Staat alles" erwarte (ebd.). Dass die Beschwörung einer strategischen Mitte zugleich die politische Preisgabe der Unterschichten bedeutet, ist eine versteckte, gleichwohl unüberhörbare Botschaft in Noltes Ordnung der Klassen.

Was haben kritische Sozialwissenschaftler einem solchen Leitbild entgegenzusetzen? Laut Stephan Lessenich und Frank Nullmeier (2006, modifiziert: Hamann/Nullmeier 2006, 5-12) ist es vor allem die Kritik der Konkurrenzgesellschaft. Wie Nolte diagnostizieren die beiden Autoren eine Vervielfältigung von Konfliktlinien und Spaltungen, doch diese Pluralität geht nach ihrer Auffassung mit einer auffälligen Vereinheitlichung der Konfliktsichten und –muster einher. Statt des in postmateriellen Zeiten proklamierten Endes der Verteilungskonflikte werde gegenwärtig alles, einschließlich tiefgehender kultureller Differenzen, in ökonomische Verteilungsprobleme übersetzt. Die ökonomische Wettbewerbslogik sei derart dominant, dass sich die vielen Spaltungen nicht zu einer einzigen großen verdichten könnten. Als Bewältigungsform zeichne sich eine mentale Anpassung an Konkurrenzlagen, ein Wettbewerbsbewusstsein ab, das einer naturalistischen Perspektive auf das soziale Geschehen Vorschub leiste. In das „Säurebad der Konkurrenz" (Beck 1986) getaucht, könnten stabile Klassenidentitäten nicht mehr entstehen. Die Gesellschaft zerfalle „in Markt- und Sozialstaatslagen, die jedoch im einzelnen bereits als so instabil erlebt" würden, dass „keine dauerhafte Identifikation mit einer Rolle oder Gruppe mehr" gelinge: „Statt stabiler sozialer Klassen mit relativ klar geschnittenen Klasseninteressen gibt es nunmehr eine Fülle potenziell wechselnder Markt- und Sozialstaatslagen mit hochgradig situativen Konkurrenzinteressen." Das Wechselhafte hierarchischer Lagen schließe eine Formierung von Klassenblöcken aus (Lessenich/Nullmeier 2006).

Wo Nolte die Leistungs- und Konkurrenzorientierung der Mittelklassen als strategische Ressource eines für unabänderlich befundenen Übergangs zum Marktkapitalismus betrachtet, zeichnen Lessenich/Nullmeier ein höchst pessimistisches Bild. Weil auch der Staat keine Ausnahme im

Konkurrenzspiel mache, drohe in den westlichen Gesellschaften eine post-demokratische Entwicklung. Der Staat werde zum „Territoriumsnehmer", der die eigene Bevölkerung nur noch unter dem Gesichtspunkt ihrer Wettbewerbsfähigkeit wahrnehme (Hamann/Nullmeier 2006, 10). Dies berge die Gefahr einer postdemokratischen Regression in sich.[4] Mit ihrer negativen Vision von Konkurrenzgesellschaft und Postdemokratie entzaubern die Kritiker Noltes Vorstellung einer Klassengesellschaft, die von den „Leistungsträgern" in der Mitte zusammengehalten werden soll. Die Ordnungsfunktion, welche Nolte dem Klassenbegriff zuschreibt, kontern Lessenich/Nullmeier mit dem Hinweis auf gesellschaftliche Destabilisierungen, die eine einseitig konkurrenzgetriebene Entwicklung unweigerlich bewirken muss. Der Fiktion einer noch immer weitgehend gesicherten sozialen Mitte halten sie die Disziplinierungsfunktion marktzentrierter Sozialpolitiken entgegen, die bis tief in die Mitte der Gesellschaft wirkt. Lessenich/Nullmeier folgen damit einem solidarischen Leitbild, das der sozialen Mitte vorführt, wie sehr sie von einer Abspaltung der Unterschichten selbst betroffen ist. Doch so realistisch das Portrait einer Konkurrenzgesellschaft, „in der jede Lage, jede Gruppe ihr Heil und Wohl in kompetitiver Entgegensetzung zu anderen Gruppen sucht und suchen muss" (ebd. 6), gegenwärtig sein mag – als Momentaufnahme bleibt es letztendlich statisch und eigentümlich perspektivlos.

Prekarität und Klassendiskurs

Vergleicht man beide Diskursformationen, stößt man auf eine Konstellation, wie sie Barbara Ehrenreich (1992) einst für die USA beschrieben hat. Die intellektuelle US-Linke hatte den Klassenbegriff und mit ihm eine spezifische Sozialkritik am Kapitalismus weitgehend aufgegeben. In diese Lücke stießen die Vordenker der Neokonservativen. Sie nutzten Klassenkategorien als Vehikel für die Ressentiments einer vermeintlichen moralischen Mehrheit, vornehmlich hart arbeitende Männer weißer Hautfarbe, deren Werte von der „neuen Klasse" hedonistischer Achtundsechziger angeblich in den Dreck gezogen wurden. Und selbstverständlich besaß diese moralische Mehrheit in den Augen der Neocons auch das Recht, eine „underclass" zu attackieren, die sich „wohlfahrtsabhängig" daran gewöhnt hatte, von staatlichen Almosen zu leben (Murray 1990).

Parallelen zur deutschen Gegenwart sind offensichtlich.[5] Dem zumindest implizit antiwohlfahrtsstaatlichen Klassendiskurs hat die Kritik an einer entfesselten Konkurrenzgesellschaft letztlich zu wenig entgegenzusetzen. Ausschlaggebend sind zwei Gründe: Erstens übersieht die Diagnose eines fluiden Konkurrenzkapitalismus die Verfestigung sozialer Ungleichheiten, wie sie sich in den westlichen Gesellschaften eben auch vollzieht. Wer in Deutschland im Sektor niedrig entlohnter, unsicherer und daher prekärer Beschäftigung landet, der hat nur geringe Chancen, den Fahrstuhl nach

oben zu besteigen, abwärts geht es dafür um so schneller.[6] Die Abhängigkeit der Bildungschancen von sozialer Herkunft oder die Polarisierung des Konsums sperren sich ebenfalls gegen die behauptete Fluidität sozialer Lagen. Zweitens, und das ist vielleicht der wichtigere Grund, tendiert die Negativutopie einer totalisierten Konkurrenzgesellschaft ungewollt zu einer begrifflichen Verdoppelung von Konkurrenz und Spaltung. Sie besitzt keine Sprache, die Gemeinsamkeiten jenseits einer lediglich „kompetitiven Solidarität" in Begriffe fassen könnte.[7] Dies auch, weil die Zeitdiagnose mit der problematischen Kontrastfolie von Klassen als homogenen Kollektivsubjekten operiert, die es so in der Geschichte niemals gegeben hat (vgl. Dörre 2003).

Doch wo, an welchen Phänomenen könnte eine Diskursstrategie ansetzen, die eine Sprache der Gemeinsamkeiten subalterner Gruppen entwickelt, ohne die unhintergehbare Disaggregation von Klassenverhältnissen (Beaud/Pialoux 2004) analytisch zu ignorieren? Einen Ansatzpunkt bietet eben jene politische Konstruktion sozialer Ungleichheiten, die Lessenich und Nullmeier als Argument für eine Entstrukturierung von Klassenverhältnissen ins Feld führen. In der Tat hatte der Wohlfahrtsstaat über die Definition, Bearbeitung und Zuweisung sozialer Risiken für eine Pazifizierung des Klassenkonflikts gesorgt und so die Erfahrbarkeit von Klassengegensätzen abgemildert. Mit Kündigungsschutz, tariflichen Normen, Mitbestimmung, sozialen Sicherungssystemen etc. stellte er den zuvor besitzlosen Lohnabhängigen „Sozialeigentum", ein Eigentum zur kollektiven Existenzsicherung (Castel 2005), zur Verfügung. Unter den Bedingungen einer neuen kapitalistischen Landnahme (Dörre 2007, 62 ff.), die auf eine Beschneidung oder gar auf die Enteignung von Sozialeigentum zielt, wird die Verfügung über Sozialeigentum zu einem Strukturprinzip sozialer Ungleichheit, das manche Beschäftigtengruppen privilegiert und andere ausschließt. Die so erzeugten Ungleichheitsstrukturen hat Robert Castel treffend als Zonen unterschiedlicher Sicherheitsniveaus bezeichnet.[8]

Im Grunde bilden die Castelschen Zonen eine soziale Realität ab, die gewissermaßen zwischen der zerfallenden Klassengesellschaft des fordistischen Kapitalismus und dem aus einer „kollektiven Situation der Entkollektivierung" (Castels 2003) resultierenden „Individualismus des Mangels" (Castel 2000, 408 ff.) angesiedelt ist. Für die Analyse dieser Konstellation ist der Prekaritätsbegriff zentral. Er erlaubt es, mit der Angst vor sozialem Abstieg, der Verstetigung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse und dem vollständigen Ausschluss von regulärer Erwerbsarbeit, empirisch unterscheidbare Aggregatzustände von Prekarität zu fassen (Klautke / Oehrlein 2007). Zugleich lenkt er die Aufmerksamkeit auf die Überlagerung klassenspezifischer Verteilungskonflikte durch Auseinandersetzungen um soziale Exklusion und Partizipation (Kronauer 2006, 44). Während geschützte Erwerbsarbeit als ein Privileg erscheint, das nur mittels Zugehörigkeit zur schrumpfenden „Zone der Integration" zu verteidigen ist,

zeichnet sich alles, was jenseits dieser Zone positioniert ist, durch Grade des Ausschlusses von materiellem Wohlstand, sozialer Sicherheit, reichen Sozialbeziehungen und politischer Teilhabe aus. Gruppenkonkurrenzen um solche Teilhabechancen konstituieren eine Konfliktdynamik, die teilweise „quer" zu den alten Klassengrenzen verläuft.

Und dennoch lässt sich die Prekarisierung keineswegs von der Klassenproblematik abkoppeln. Das nicht nur, weil die individuellen Zugänge zu den Castelschen Zonen vermittelt über soziale Herkunft, Bildung und Ausbildung eng mit der Klassenstruktur der Gesellschaft korrespondieren. Ein aufgeklärter, kritischer Klassendiskurs, der antiquierte Vorstellungen von Klasseneinheit vermeidet (Silver 2005), kann dort ansetzen, wo Prekarisierungsanalysen nicht mehr weiterkommen. Denn trotz aller empirisch realen Spaltungen und Differenzierungen besitzen Unsicherheitserfahrungen eine katalytische Kraft, die auch vor den vermeintlich geschützten, in die internen Arbeitsmärkte integrierten Gruppen nicht haltmacht. Selbst der „interne Arbeitsmarkt ist inzwischen auf breiter Front von der Segmentierung und Prekarisierung erfasst, mit der Folge einer Destabilisierung fester und einer Herabstufung früher als sicher geltender Stellen" (Castel 2007, 12).[9] Man mag einwenden, dass die internen Arbeitsmärkte in Deutschland noch immer vergleichsweise stabil sind, dass „gesicherte Beschäftigungen weiterexistieren und sogar neue geschaffen werden" (ebd.), am Grundsachverhalt ändert das nichts. Unsicherheitserfahrungen zeugen von der Wiederkehr einer längst überwunden geglaubten Proletarität (Mooser 1984). Sie sind ein Strukturmerkmal ungeschützter Lohn- und Erwerbsarbeit. Und sie konstituieren ungeachtet aller unterschiedlichen sozialen Positionierungen und Verarbeitungsformen eine Gemeinsamkeit, die einer „Klassenspaltung" (Bourdieu 2000) zwischen Festangestellten und Prekarisierten, zwischen Lohnarbeiterklassen und neuem Subproletariat, durchaus entgegenwirken kann.

Wie wird Multitude zum politischen Subjekt?

Aufgabe einer kritischen Klassenanalyse muss es sein, Gemeinsamkeiten zwischen den Subalternen bei klarer Benennung von Interessengegensätzen und kulturellen Differenzen ins Bewusstsein zu rücken. Klassenbildung, verstanden als Formierung ansonsten schwacher Interessen, ist heute weniger denn je Ausdruck sozialer oder kultureller Homogenität. Sie ist primär politisch konstituiert und entspringt dem Kampf um Hegemonie. Hegemoniale Deutungen und Praktiken, die eine „bestimmte Ordnung in einem kontingenten Kontext herzustellen" versuchen (Mouffe 2007, 107) beinhalten jedoch Klassenprojekte, die es als solche zu dechiffrieren und gegebenenfalls auch zu kritisieren gilt.

Die Arbeitsmarktreformen und insbesondere Hartz IV sind ein solches Klassenprojekt. „Von oben" initiiert und ganz im Sinne Noltes als Solida-

rität von den „Leistungsträgern" inszeniert, richtet es sich explizit gegen die „Lazarusschichten" der neuen Klassengesellschaft. Eine Eigentümlichkeit dieses Klassenprojekts ist indessen, dass Intention und Resultat weit auseinanderfallen. Während die Hartz-IV-Regelungen Hunderttausende von Langzeitarbeitslosen unter die Schwelle der Respektabilität drängen, sie demoralisieren und demütigen, setzen die Noch-Beschäftigten alles daran, um einem solchen Schicksal zu entgehen. Nicht der Wohlfahrtsstaat, sondern sein gezielter Rückbau produziert eine – sozial wie kulturell übrigens völlig inhomogene – Unterschicht, deren bloße Existenz Lohnabhängigen, die um ihren sozialen Status bangen, als Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit erscheinen muss.[10]

Klassenprojekte „von unten" gründen demgegenüber auf einer inklusiven Solidarität, die Interessengegensätze zwischen Arbeitslosen, Prekarisierten und Stammbeschäftigte produktiv bearbeitet, ohne sie zu negieren. Inklusive Klassenprojekte zielen auf eine Rekonstruktion von „Arbeitermacht" im weitesten Sinne des Wortes.[11] Im Unterschied zu den Implikationen des Marxschen Klassenuniversalimus muss eine solche Perspektive heute von einer „endemische(n) Tendenz" unter den Arbeitern ausgehen, „klassenunspezifische Grenzen abzustecken, auf deren Basis sie beanspruchen können, vor dem Mahlstrom" nivellierender Marktmacht „geschützt zu werden" (Silver 2005, 41). Angesichts der Persistenz nationaler, geschlechtlicher und ethnisch begründeter Identitätskonstruktionen ist es sinnvoll, eine Pluralität von Arbeiterklassen und -bewegungen anzuerkennen, die sich auf unterschiedliche Kombinationen von Machtressourcen gründet.[12]

Dass neue Arbeiterbewegungen sich explizit an Klassenkategorien orientieren müssen, ist damit nicht gesagt. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (1985) haben im Rahmen ihrer Auseinandersetzung mit den neuen sozialen Bewegungen schon vor langer Zeit gezeigt, dass ein enger ideologischer Klassismus oppositionelle Kräfte beim Kampf um Hegemonie eher behindert. Insofern mag man es als eine List der Vernunft betrachten, wenn Hardt und Negri (2004) das Subjekt „Arbeiterklasse" schlicht durch „Multitude" ersetzen. Gemeint sind Gruppen und soziale Bewegungen, die „für ein gemeinsames politisches Projekt kämpfen", ohne „ihre Unterschiede einebnen" und sich einem „großen Programm, einem Führer unterordnen" zu müssen (Hardt 2007, 357). Nicht die Betonung der Einheit in Vielfalt ist das Problem dieses Vorschlags; vielmehr provozieren seine mikrosoziale Beschränktheit und seine antiinstitutionalistische Attitüde Kritik: „Was mich ängstigt, sind die Widerstände vieler sozialer Bewegungen gegen die Zusammenarbeit mit etablierten politischen Institutionen", argumentiert Chantal Mouffe. Sie führt diese Ablehnung auf den problematischen Einfluss Hardts und Negris in der globalisierungskritischen Bewegung zurück, die die entscheidende Frage nie gestellt hätte: „Wie wird die Multitude zum politischen Subjekt?" (Mouffe 2007, 116 f.)

Zu einem solch politischen Konstitutionsprozess, einer starken „Äqui-

valenzkette" (Mouffe 2007, 115) zwischen unterschiedlichen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und verbündeten politischen Parteien könnte eine erneuerte Klassenanalyse beitragen. Sie hätte Verbindungslinien zwischen „labour unrest", plötzlichen Unruhen und situativer Empörung auf der einen und – z. B. gewerkschaftlicher – Organisationsmacht auf der anderen Seite herzustellen. Die aktuelle Debatte um Organizing und Social Movement Unionism, die, ursprünglich in sich entwickelnden Staaten wie Brasilien, Südkorea oder Südafrika angesiedelt, nach einigen nordamerikanischen Organisationen inzwischen auch Teile der deutschen Gewerkschaften erfasst hat (AG Strategic Unionism 2007), liefert ein anschauliches Beispiel für innovative Verknüpfungsarbeit.

Politisch zielt eine erneuerte Klassenanalyse zumindest auf eine Begrenzung von Ausbeutung, Ungleichheit und Fremdbestimmung. Dass sie in eine Bewegung zur vollständigen Beseitigung von Klassenunterschieden mündet, ist derzeit unwahrscheinlich und auch nicht sinnvoll. Allerdings gibt es keinen prinzipiellen „Grund dafür, weshalb wir nicht die drei größten Folgen der Klassenunterschiede überwinden könnten: ungleichen Zugang zu Erziehung und Ausbildung, zur Gesundheitsfürsorge und zu einem garantierten lebenslangen Mindesteinkommen. [Es] sollte nicht schwierig sein, alle diese... Bedürfnisse außerhalb der Kommodifizierung zu befriedigen", argumentiert Immanuel Wallerstein (2002, 91). Eine klassenanalytisch begründete Position, über die jedenfalls auch weiterdiskutiert werden muss.

Anmerkungen

1 Spitzenverdiener in Deutschland ist der Vorstandssprecher der deutschen Bank, Josef Ackermann, dessen Gehalt mit 6,2 Mio. Euro angegeben wird. Die FAZ verweist darauf, dass die Vorstandsgehälter der Bank 2004 erfolgsbedingt um 18 Prozent zurückgegangen sind, das freilich nach einem „Gehaltssprung von 80 Prozent" (!) im Vorjahr (ebd.).

2 „Die Grenzen zwischen verschiedenen Klassenlagen sind härter geworden – und das heißt: der Aufstieg, die Mobilität nach oben ist schwieriger-, während gleichzeitig die Homogenität innerhalb der Klassen zugenommen hat: man kennt sich, man lebt ein ähnliches Leben, und man ‚erkennt' sich auch wieder eher schon an äußeren Zeichen des Konsums, der Kleidung oder der körperlichen Stilisierung."

3 Die „neue Klassengesellschaft" habe sich zunehmend in „Kulturklassen" ausgeformt (vgl. Merkur 689/690, 2006, 866). Um Abgrenzung zur antikapitalistischen Linken bemüht, nennt Nolte ganze Bündel an Konfliktlinien, die nach seiner Auffassung dafür sorgen, dass die alten Klassenkategorien „nicht einmal mehr im Kernbereich der Erwerbsgesellschaft tragen". Solche Konfliktlinien sind z. B. die Spannungen zwischen „Professional Class" und unterqualifizierte Bevölkerung, der Konfliktherd Migration und Ethnizität sowie das Thema Generationengerechtigkeit. Auch die Ungleichheit der Geschlechter und der Bildungschancen rubriziert Nolte unter die Kategorie Kulturkonflikte (2006, 102-107).

4 „Demokratie wird zur Postdemokratie, wenn die Politik zum Nachvollzug von Reformnotwendigkeiten degradiert, die Bevölkerung nicht mehr als Auftraggeber der Politik verstanden wird und die Handlungschancen aller Beteiligten soweit reduziert sind, dass politische Gestaltung nicht mehr möglich ist" (ebd. 10).

5 Das Interview in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, in welchem der SPD-Vorsitzende Beck die Existenz einer „leistungsunwilligen Unterschicht" anprangert, verweist auf eine ähnlich gelagerte Diskursformation.

6 Anders als in vergleichbaren westlichen Ländern ist der Niedriglohnsektor in Deutschland nach oben kaum durchlässig. Die Aufstiegsmobilität in diesem Bereich nimmt sogar ab (Brinkmann u.a. 2006). In einem Beobachtungszeitraum von sieben Jahren (1994-2001) waren in Deutschland nicht einmal 50 Prozent aus dem Niedriglohnsektor aufgestiegen, in der Mehrzahl der anderen europäischen Staaten waren es 70 Prozent und mehr (European Commission 2004, 168 ff.).

7 Die von Lessenich/Nullmeier benannten Sozialfiguren der „Überflüssigen", „Abweichenden" und „Unsichtbaren" scheinen hierfür allenfalls bedingt geeignet.

8 Gemeint sind die „Zone der Integration" mit noch immer gesicherten Normarbeitsverhältnissen, die „Zone der Entkoppelung" mit Gruppen, die vollständig von regulärer Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind, und die „Zone der Prekarität, in der sich alle befinden, die zur Reproduktion auf unsichere, weil befristete und/oder nicht dauerhaft oberhalb eines kulturellen Minimums vergütete Beschäftigungsverhältnisse angewiesen sind.

9 Dies kann dazu führen, dass die Integrierten rassistische und sexistische Diskriminierungen nutzen, um ihre „privilegierte" Position zu wahren, während die Angehörigen des Prekariats mit nationalisierenden Deutungen nach einem fiktivem Anschluss an die „Gemeinschaft der Leistungsbereiten" trachten (Dörre u.a. 2006).

10 „Hartz IV ist Symbol des jederzeit möglichen Abstiegs ohne soziale, berufs- und einkommensbezogene Auffanglinie. Es wird für jedermann vorstellbar, innerhalb kurzer Zeit ‚durchgereicht' zu werden von einer herkömmlichen Mittelschichtenposition zu einer sozialhilfeanalogen Transferabhängigkeit mit der Verpflichtung, jegliche Arbeit annehmen zu müssen" (ebd. 11 f.).

11 Die Kategorie „Arbeiter" wird hier im weitest möglichen Sinne genutzt, also auch auf Informationsarbeiter, prekär Beschäftigte und Nicht-Beschäftigte beiderlei Geschlechts angewandt.

12 Zu unterscheiden sind strukturelle und Organisationsmacht von Arbeitern. Strukturelle Macht (structural power) erwächst aus der Stellung von Lohnabhängigengruppen im ökonomischen System. Sie kann sich in primärer Verhandlungsmacht, die aus einer angespannten Arbeitsmarktsituation entspringt, ebenso ausprägen wie in Produktionsmacht, die sich über eine besondere strategische Stellung von Arbeitergruppen in Produktionsprozessen konstituiert. Davon zu unterscheiden ist Organisationsmacht (associational power), die aus dem Zusammenschluss zu kollektiven politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen entsteht. Darüber hinaus lässt sich zusätzlich eine dritte Quelle von Arbeitermacht benennen, die institutionelle Macht. Sie entsteht als Resultat von Aushandlungen und Konflikten, die auf struktureller und Organisationsmacht beruhen. Ihre Besonderheit wurzelt in dem Faktum, dass Institutionen soziale Basiskompromisse über ökonomische Konjunkturen und kurzzeitige Veränderungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse hinweg festschreiben und teilweise gesetzlich fixieren (vgl. Dörre 2007, 55 f.).

Literatur

Arbeitsgruppe Strategic Unionism, 2007: Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung. Umrisse eines Forschungsprogramms. Jena

Beck, U., 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.

Beaud, S. / Pialoux, M., 2004/1999: Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Konstanz

Bosch, G. / Weinkopf, C., 2006: Gesetzliche Mindestlöhne auch in Deutschland? Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn

Boltanski, L. / Chiapello, È., 2003: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz. Frz. (1999): Le nouvel Ésprit du Capitalisme. Paris

Bundesregierung, 2001: Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht

der Bundesregierung (Kurzfassung). Berlin
Bourdieu, P., 2000: Die zwei Gesichter der Arbeit. Konstanz
Brinkmann, U. / Dörre, K. / Röbenack, S., 2006: Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Eine Expertise. Bonn
Bude, H. / Willisch, A. (Hrsg.), 2006: Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg
Castel, R., 2007: Jenseits der Lohnarbeit und unterhalb der Beschäftigung? Die Institutionalisierung des Prekariats. In: kultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie, Nr. 52, 1/2007, 6-15
Castel, R., 2005: Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Hamburg
Castel, R., 2003: Das Verschwimmen der sozialen Klassen. In: Bischoff, J. / Boccara, P. / Castel, R. / Dörre, K. (Hrsg.): Klassen und soziale Bewegungen. Strukturen im modernen Kapitalismus. Hamburg, 7-17
Dörre, K., 2007: Gewerkschaften und die kapitalistische Landnahme. Niedergang oder strategische Wahl? In: Geiselberger, a.a.O., 54-78
Dörre, K., 2003: Neubildung von gesellschaftlichen Klassen. Zur Aktualität des Klassenbegriffs. In: Bischoff, J. / Boccara, P. / Castel, R. / Dörre, K. (Hrsg.): Klassen und soziale Bewegungen. Strukturen im modernen Kapitalismus. Hamburg, 18-32
Dörre, K. / Kraemer, K. / Speidel, F., 2006: The Increasing Precariousness of the Employment Society: Driving Force for a New Right Wing Populism? In: International Journal of Action Research Volume 2, Issue 1, 98-128
Ehrenreich, B., 1992: Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse. München
European Comission, 2004: DG for Employment and Social Affairs: Employment in Europe 2004. Luxembourg
Geiselberger, H. (Hrsg.), 2007: Und Jetzt? Politik, Protest und Propaganda. Frankfurt/M.
Hamann, F. / Nullmeier, F., 2006: Zum „Wandel von Sozialstruktur und Politik in Deutschland". In: Vorgänge 176. Heft 4: Dezember 2006, 5-12
Hardt, M. / Negri, A., 2004: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire. Frankfurt am Main
Hardt, M., 2007: Und jetzt, Herr Hardt? In: Geiselberger, H. (Hrsg.), a.a.O., 347-360
Hradil, S., 2005: Warum werden die meisten entwickelten Gesellschaften wieder ungleicher? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft: Finanzmarktkapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Wiesbaden: 460-483
Kronauer, M., 2006: Exklusion als Kategorie einer kritischen Gesellschaftsanalyse. Vorschläge für die anstehende Debatte. In: Bude, H. / Willisch, A. (Hrsg.), a.a.O., 27-45
Klautke, R. / Oehrlein, B. (Hg.), 2007: Prekarität-Neoliberalismus-Deregulierung. Hamburg
Laclau, E./Mouffe, Ch., 1985/ 2006: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. 3. Aufl. Wien
Lessenich, S. / Nullmeier, F. (Hrsg.), 2006: Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft. Frankfurt/M.
Mooser, J., 1984: Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970. Frankfurt/M.
Mouffe, Ch., 2007: Und jetzt, Frau Mouffe? In: Geiselberger, H. (Hrsg.), a.a.O., 105-130
Murray, Ch., 1990: The Emerging British Underclass. London
Neugebauer, G. 2007: Politische Milieus in Deutschland. Bonn
Nolte, P., 2006: Riskante Moderne. Die Deutschen und der Neue Kapitalismus. München
Rosa, H., 2005: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne. Frankfurt/M.
Silver, B. J., 2005: Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870. Berlin
Wallerstein, I., 2002: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien
Windolf, P. (Hrsg.), 2005: Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. Wiesbaden